

Regionale und soziale Ungleichheiten im Sozialismus und beim Übergang zur Marktwirtschaft: das Beispiel Ungarn

Meusburger, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Meusburger, P. (1995). Regionale und soziale Ungleichheiten im Sozialismus und beim Übergang zur Marktwirtschaft: das Beispiel Ungarn. In H. Sahner, & S. Schwendtner (Hrsg.), *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen* (S. 437-444). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-141463>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Literatur

- Andorka, Rudolf (1994), Ungarn - der nächste Anlauf zur Modernisierung, in: Berliner Journal für Soziologie 4: 501 - 512.
- Berger, Horst/ Hinrichs, Wilhelm/ Priller, Eckhard/ Schultz, Annett (1994), Ostdeutsche Haushalte und ihre Aktivitäten im Transformationsprozeß. In: Glatzer, Wolfgang/ Noll, Herbert (Hg.): Getrennt vereint. Soziale Indikatoren XVIII, Frankfurt/Main, New York.
- Központi Statisztikai Hivatal (1994), Magyar statisztikai évkönyv - Statistical Yearbook of Hungary 1993. Budapest.
- Seifert, Wolfgang/ Rose, Richard (1994), Lebensbedingungen und politische Einstellungen im Transformationsprozeß. Paper P 94-104, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Berlin.
- Spéder, Zsolt (1994), Versorgungsstrategien der ungarischen Haushalte in der gesellschaftlichen Transformation. In: Berger, Horst/ Habich, Roland (Hg.): Lebenslagen im Umbruch. Paper P 93-101, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung: 84 - 88, Berlin.
- Statistisches Bundesamt (1994), Statistisches Jahrbuch 1994. Wiesbaden.

Dr. Eckhard Priller und Annett Schultz, Wissenschaftszentrum Berlin, Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin

5. Regionale und soziale Ungleichheiten im Sozialismus und beim Übergang zur Marktwirtschaft - Das Beispiel Ungarn

Peter Meusburger

1. Einführung in die Problemstellung

Die Ansicht, daß soziale Ungleichheiten vor allem eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise seien und in den kommunistischen Ländern nicht vorkommen oder auf jeden Fall geringer seien als in der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsgesellschaft, gehörte zu den wichtigsten Dogmen der marxistischen Ideologie. Aufgrund des hohen ideologischen und propagandistischen Stellenwertes des Begriffes „Gleichheit“ haben die kommunistischen Systeme die politisch sensiblen, sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten bis in ihre Endphase durch Informationsbarrieren, Forschungs- und Publikationsverbote zu verschleiern versucht (vgl. Bleek und Mertens 1994). Leider hat auch die Mehrzahl der westlichen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler die geschönte „Selbstdarstellung“ der kommunistischen Länder nicht kritisch hinterfragt oder einen methodischen Ansatz verwendet, der das Ausmaß der Ungleichheit nicht erfassen konnte. In dieser Arbeit wird die These vertreten, daß man mit kleinen Stichproben oder einzelnen Fallstudien das Ausmaß der sozialen Ungleichheit in den ehemals kommunistischen Ländern nicht ausreichend beschreiben und erklären kann. Das Schlagwort „place matters“ hatte in den sozialistischen Ländern wegen des Machtmonopols der Nomenklatura, der betriebszentrierten Sozialpolitik, der sehr geringen politischen Autonomie der Kommunen, der schlechten Versorgung der ländlichen

Gebiete mit Infrastruktur und öffentlichen Verkehrsmitteln, des sehr niedrigen Motorisierungsgrades der privaten Haushalte sowie der Bevorzugung der Schwerindustrie und der „neuen sozialistischen Städte“ bei der Vergabe von Investitionsmitteln eine noch größere Bedeutung als in den marktwirtschaftlichen Systemen. Auf der regionalen Meso- und Makroebene hingen soziale Chancen, berufliche Alternativen, Privilegien und Benachteiligungen in starkem Maße vom Wohnort der Menschen ab, und auf der Mikroebene hat sich die soziale Schichtung der kommunistischen Gesellschaft, ähnlich wie in marktwirtschaftlichen Systemen, in einer hohen sozialen Segregation manifestiert. Deshalb gewinnt man in sozialistischen Ländern mit einem raumwissenschaftlichen Ansatz eher Zugang zur sozialen Ungleichheit als mit „raumblinden“ Theorien.

2. Regionale und soziale Ungleichheiten in den kommunistischen Systemen

Die in den ehemals kommunistischen Ländern existierenden Ungleichheiten können in drei Kategorien eingeteilt werden.

- Ungleichheiten, die auf der funktionalen Arbeitsteilung, der sozialen Segregation oder auf epochalen räumlichen Diffusionsprozessen (z.B. Industrialisierung, Modernisierung) beruhen und von den kommunistischen Ländern gleichsam als „historisches Erbe“ übernommen wurden. Diese Kategorie von Ungleichheiten hat eine hohe zeitliche Persistenz und wird von einem Wechsel des politischen Systems nur geringfügig beeinflusst.
- Ungleichheiten, die auf die Politik der kommunistischen Länder zurückgehen, aber nicht unbedingt mit der marxistischen Ideologie oder dem Wesen der zentralistischen, sozialistischen Planwirtschaft begründet werden können (z.B. Errichtung des Eisernen Vorhanges, diverse Maßnahmen der Familien- und Wohnbaupolitik etc.).
- Ungleichheiten, die für die marxistische Ideologie und/oder die zentralistische, sozialistische Planwirtschaft gleichsam systemimmanent sind. Diese dritte Kategorie von Ungleichheiten ist in der Literatur noch kaum registriert worden, so daß sie im folgenden an einem Beispiel diskutiert wird.

2.1. Zur räumlichen Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse und der Arbeitsplätze für Hochqualifizierte in der sozialistischen Planwirtschaft

Eine räumliche Konzentration von „Wissen und Macht“ gibt es aus organisationstheoretischen Gründen (vgl. Meusburger 1995a: 69-90) zwar in allen politischen Systemen, aber in der kommunistischen Planwirtschaft wurde die wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht durch eine sehr kleine Führungsschicht der kommunistischen Nomenklatura monopolisiert, so daß die Arbeitsplätze der wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungsträger außerordentlich stark auf die Hauptstadt und einige wenige Großstädte konzentriert waren. In funktionierenden Marktwirtschaften (in denen verstaatlichte Unternehmen keine oder nur eine unbedeutende Rolle spielen) ist die politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht stärker fragmentiert bzw. auf verschiedene und z.T. miteinander konkurrierende Eliten und Interessengruppen aufgeteilt. Hier stehen unzählige Unternehmen, aber auch Regionen in einem Wettbewerb zueinander und sind zumindest die wirtschaftlichen Entscheidungsträger räumlich viel stärker dezentralisiert. In sozialistischen Planwirtschaften sind die wichtigen Entscheidungsträger in fast allen Bereichen (selbst in der Landwirtschaft und im Bergbau) zu einem außerordentlich hohen Anteil auf die Hauptstadt konzentriert, in Marktwirtschaften trifft dies nur für ausgewählte Bran-

chen zu. In marktwirtschaftlichen Systemen bestimmt in erster Linie das unterschiedliche Ausmaß der „Unsicherheit des Umfeldes“ bzw. die Intensität des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs, ob für den Erfolg eines sozialen Systems (Unternehmens) ständige persönliche Kontakte mit anderen Top-Managern, Finanzexperten, spezialisierten Dienstleistungen, Politikern, Medien etc. erforderlich sind oder nicht bzw. ob die Unternehmensleitung hohe oder niedrige Ansprüche an das Kontaktpotential des Standortes hat (vgl. Meusburger 1995a).

In der sozialistischen Planwirtschaft gab es zumindest nach der reinen Lehre keinen Wettbewerb zwischen konkurrierenden Systemen, die zentrale Planungsbehörde hat nicht nur die strategischen Ziele und Pläne für alle Staatsunternehmen formuliert, sondern auch die Ressourcen verteilt. Nach der Machtergreifung der Kommunisten und der Einführung der zentralistischen Planwirtschaft bestand eine der ersten Maßnahmen darin, den Direktoren der Staatsunternehmen und Genossenschaften die wichtigen strategischen Entscheidungsbefugnisse wegzunehmen und diese Entscheidungen in den Institutionen der staatlichen Wirtschaftslenkung (Ministerien, zentrale Planungsbehörde) zu konzentrieren. Die Direktoren der Staatsunternehmen hatten also nur noch eine „ausführende Verantwortung“, von ihnen wurde vorwiegend Loyalität zur kommunistischen Partei und proletarische Herkunft verlangt, während von den Führungskräften der staatlichen Wirtschaftslenkung sowohl Loyalität zur Partei als auch fachliche Kompetenzen erwartet wurden (vgl. auch Lengyel 1995: 251-255). In jenen Fällen, wo besondere Kompetenzen gefragt waren, wurden trotz der Warnung Stalins, daß „der am besten ausgebildete Teil der alten technischen Intelligenz am meisten von der Krankheit der Schadenstiftung befallen sei“ (zitiert bei Lengyel 1995: 255), sogar „unverzichtbare Reaktionäre“ als Experten weiter beschäftigt. Die dramatische „Dequalifizierung“ der Unternehmensleiter und die überproportionale Konzentration der „Fachkompetenz“ in den zentralen Planungsbehörden zeigt sich u.a. darin, daß in der Anfangsphase der sozialistischen Planwirtschaft in Ungarn zwei Drittel der neu ernannten Unternehmensleiter nur sechs oder weniger Klassen einer Grundschule abgeschlossen hatten, während von den Führungskräften im Bereich der staatlichen Wirtschaftslenkung 45% vor ihrer Tätigkeit in den Ministerien einen „intellektuellen Beruf“ und 22% einen „white collar“ Beruf ausgeübt haben (Lengyel 1995: 251-252).

In einem System, dessen Führungsschicht zu einem großen Anteil nach dem Prinzip der unbedingten Loyalität zur kommunistischen Partei rekrutiert wird, sind enge persönliche Kontakte mit den entscheidenden Kadern der Nomenklatura und den Experten der zentralen Planungsbehörde das wichtigste Mittel, um ideologische Loyalität zu beweisen, die eigene Machtposition zu festigen, Privilegien zu genießen und in der sozialistischen Mangelwirtschaft für das eigene Unternehmen die notwendige Zuteilung von Rohstoffen, Finanzmitteln, qualifiziertem Personal und Ersatzteilen etc. abzusichern. Die Nähe zur politischen Macht war also in marxistischen Systemen für Führungskräfte der Wirtschaft noch wesentlich wichtiger als in marktwirtschaftlichen Systemen, wo auch solche Unternehmen prosperieren können, die in Opposition zur Regierung und in räumlicher Distanz zur politischen Macht stehen, und wo Abhängigkeit z. T. durch wirtschaftlichen Erfolg vermindert werden kann.

Die zentral-peripheren Disparitäten der Qualifikationsstruktur der Arbeitsbevölkerung wurden noch dadurch verschärft, daß auch mehrere Leitbilder der kommunistischen Industrie- und Wohnbaupolitik die Disparitäten zwischen den Ballungsräumen und der ländlichen Peripherie verschärft bzw. dazu beigetragen haben, daß die finanziellen Ressourcen überproportional in die

städtischen Agglomerationen (besonders in die „neuen sozialistischen Städte“) geflossen sind, während den kleinen ländlichen Gemeinden notwendige Investitionen vorenthalten und kommunale Infrastruktur (z.B. Grundschulen, Versorgungseinrichtungen) und politische Selbstverwaltung durch gezielte Maßnahmen entzogen wurden.

Das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau der Arbeitsbevölkerung (= am Arbeitsort wohnhafte Erwerbstätige plus erwerbstätige Einpendler minus erwerbstätige Auspendler) steht selbstverständlich auch in marktwirtschaftlichen Systemen in einer engen Wechselbeziehung mit der Hierarchie des Siedlungssystems (vgl. Meusburger 1980, 1993). In kommunistischen Systemen war jedoch die räumliche Konzentration der hochqualifizierten Arbeitsbevölkerung viel größer und anders geartet. Während im Jahre 1980 die Arbeitsplätze der ungarischen Pflichtschulabsolventen und der Absolventen einer Berufsschule nur zu rd. 20% in Budapest konzentriert waren, waren die von Universitätsabsolventen besetzten Arbeitsplätze fast zu 50% in Budapest situiert, die Arbeitsplätze, die von Universitätsabsolventen der Branchen Außenhandel, Telekommunikation, Transport, Bankwesen und öffentliche Verwaltung angehörten, konzentrierten sich zu 60-80 % auf Budapest und die Arbeitsplätze für Kaufleute mit Universitätsausbildung, für Universitätsabsolventen der „Organe der Staatsmacht“, der Forschung, des Verlagswesens (inkl. Journalismus) und der Kunst waren zu 80 - 100% in der Hauptstadt konzentriert. Andererseits stellten die ländliche Peripherie bzw. die vielen kleinen Gemeinden unter 5000 Einwohnern hinsichtlich der Entscheidungsbefugnisse und Qualifikationen der Arbeitsbevölkerung geradezu eine „Wüste“ dar. Diese räumlichen Disparitäten des Arbeitsplatzangebotes, der Qualifikationsstruktur und der Machtbefugnisse hatten eine große Zahl von weiteren Ungleichheiten zur Folge.

2.2. Regionale und soziale Unterschiede der Frauenerwerbstätigkeit

Zu den ideologischen Dogmen, die in den kommunistischen Staaten einen besonders hohen politischen Stellenwert hatten und auch im Westen kaum hinterfragt wurden, gehörte die Chancengleichheit der Geschlechter im Erwerbsleben. Erst nach dem Systemwechsel konnte der Nachweis erbracht werden, daß dieser ideologische Anspruch im kommunistischen Ungarn nur in der Hauptstadtregion und unter den Hochqualifizierten annähernd erreicht worden ist (Meusburger 1995b). In Budapest betrugen im Jahre 1980 die Erwerbstätigenquoten der 15- bis 55-jährigen Frauen fast 80%, während sie in den im Osten Ungarns liegenden Arbeitsamtsbezirken z.T. nur 45-49% erreichten.

Die in kleinen Gemeinden bzw. in ländlichen Gebieten wohnhaften Frauen hatten auch im kommunistischen System eine niedrigere Bildungsbeteiligung, sie haben durchschnittlich früher mit einer Erwerbstätigkeit begonnen, früher geheiratet und mehr Kinder bekommen als die in Budapest oder den anderen Großstädten wohnenden Frauen. Während in Budapest am Höhepunkt der Kleinkinderphase (25-jährige Frauen) nur 19,4% der Frauen ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen und Kinderpflegegeld bezogen haben, haben in der Gemeindegrößenklasse unter 500 Einwohnern über 40% der gleich alten Frauen Kinderpflegegeld in Anspruch genommen. In den kleinen Gemeindegrößenklassen war der Anteil jener Frauen, die nicht erwerbstätig waren und weder Kindergeld noch eine Pension erhalten haben, also ein eventuelles Einkommen nur aus der Schattenwirtschaft bezogen haben, je nach Altersgruppe zwei- bis dreimal so hoch als in Budapest.

Abb. 1 Regionale Unterschiede der Erwerbstätigenquoten der 15- bis 55-jährigen Frauen im Jahre 1980
(Quelle: Meusburger 1995b: 146)

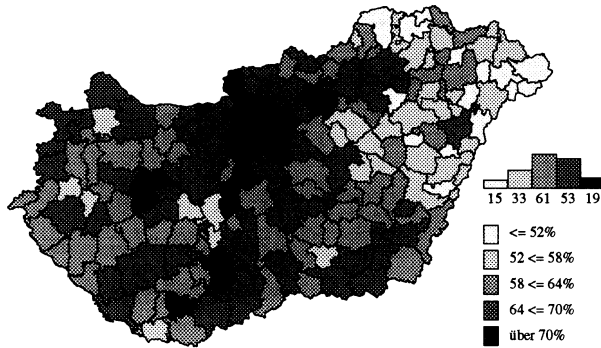
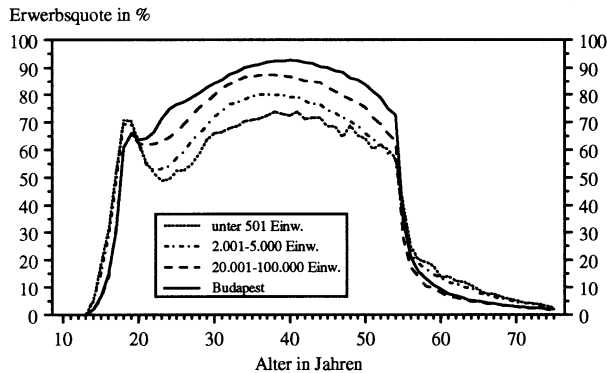
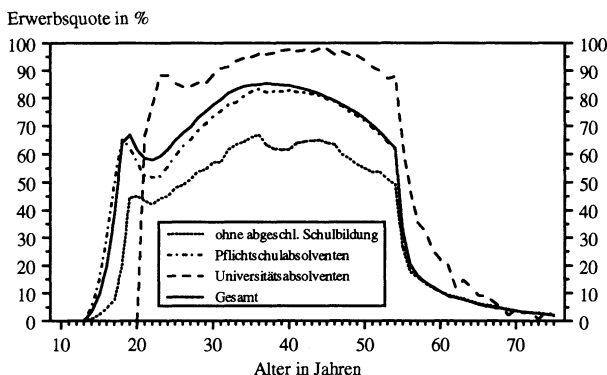


Abb. 2 Erwerbstätigenquoten der ungarischen Frauen im Jahre 1980 nach Alter und Gemeindegröße des Wohnortes (Quelle: Meusburger 1995b: 146)



Auch der enge Zusammenhang zwischen Erwerbstätigenquote und Ausbildungsniveau der Frauen entsprach nicht dem ideologischen Anspruch der geschlechtsspezifischen und der sozialen Gleichheit. Die Erwerbstätigenquoten der 22- bis 50-jährigen Universitätsabsolventinnen lagen im Jahre 1980 um 14-26% über jenen der gleich alten Pflichtschulabsolventinnen und um 32-44% über den Erwerbstätigenquoten jener Frauen, die keine Schule abgeschlossen hatten.

Abb. 3 Die Erwerbstätigenquote der ungarischen Frauen im Jahre 1980 nach Alter und Ausbildungsniveau (Quelle: Meusburger 1995b)



3. Die Entwicklung der regionalen und sozialen Ungleichheit in den ersten Jahren des Transformationsprozesses

Die bei der Systemwende häufig geäußerte These, daß die Einführung der Marktwirtschaft die soziale Ungleichheit in den ehemals sozialistischen Ländern generell vergrößern werde, ist nicht aufrecht zu erhalten. Im Rahmen dieses wirtschaftlichen Strukturwandels sind sehr gegenläufige Tendenzen festzustellen. Bei einigen Branchen (z.B. Finanz- und Versicherungswesen) nimmt die räumliche Konzentration der Arbeitsplätze für Hochqualifizierte zu, bei anderen nimmt sie ab, und einige für eine sozialistische Planwirtschaft typische Branchen (z.B. Massenorganisationen, Außenhandel) gibt es in der offiziellen Statistik gar nicht mehr, weil die Funktionen (z. B. der Außenhandel) nun nicht mehr vom Staat, sondern von den einzelnen Unternehmen selbst durchgeführt werden. Einige der schon im Kommunismus bestehenden Ungleichheiten haben sich schon in den ersten 5 Jahren des Transformationsprozesses vergrößert (z.B. Einkommensunterschiede), andere oder wurden verringert (in Ungarn z.B. geschlechtsspezifische Disparitäten der Erwerbstätigenquote). In diesem Zusammenhang muß allerdings davor gewarnt werden, die Vergrößerung oder Verringerung von sozialer oder regionaler Ungleichheit von vornherein mit einem Werturteil zu versehen. Eine Vergrößerung der Ungleichheit kann z. B. das Resultat einer sehr positiven Entwicklung sein, während die Verringerung von bestehender Ungleichheit auf Prozesse zurückgehen kann, die von allen als negativ bewertet werden.

Der Transformationsprozeß von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft besteht aus zwei gegenläufigen Prozessen, einerseits aus einem Abbau oder Zerfall von alten, nicht mehr erwünschten oder nicht mehr wettbewerbsfähigen Strukturen und Wertsystemen und andererseits aus dem Aufbau von neuen Strukturen und Institutionen (Einführung von Marktmechanismen, Ausbau des Bankenwesens, Privatisierung des staatlichen Sektors, Joint Ventures, Gründung neuer Unternehmen, Aufbau neuer privatwirtschaftlicher Organisationsformen etc.) und Verhaltensweisen.

Beide Prozesse beginnen nicht überall gleichzeitig und gleich intensiv, sondern starten in jenen räumlichen Einheiten, in denen bestimmte Konstellationen von Einflußfaktoren zusammentreffen, und diffundieren dann im Raum, wobei die Diffusion gewisser Prozesse auf einzelne Regionen oder Hierarchieebenen des Siedlungssystems beschränkt bleibt bzw. einzelne Regionen oder Gemeindetypen nie oder erst sehr spät erreicht. Der Transformationsprozeß trägt zu einer *Veränderung der regionalen Disparitäten* bei, in der Marktwirtschaft werden die Karten hinsichtlich der regionalen Entwicklungspotentiale bzw. der Standortvor- und -nachteile räumlicher Einheiten „neu gemischt“. Bisher „tote Grenzen“ wurden plötzlich zu neuen Impulsgebern und wichtigen Standortfaktoren. Andererseits wurden Regionen, die vom alten System bevorzugt wurden und in denen Prestigeprojekte der kommunistischen Partei den Arbeitsmarkt einseitig dominiert hatten, auf Jahre hinaus zu wirtschaftlichen Problemgebieten. Nicht zuletzt ist es nach dem Systemwechsel auch zu einer Renaissance des Regionalismus und zu einem Wettbewerb der Städte und Regionen um Investoren gekommen.

Von der ersten Phase des Transformationsprozesses haben die Hauptstadtregion und die westlichen Grenzgebiete Ungarns wohl am meisten profitiert. Budapest war bei der Einführung der Marktwirtschaft gleichsam das Innovationszentrum für den Aufbau neuer Strukturen und Organisationsformen (GmbH, Aktiengesellschaften etc.), hier waren die meisten hochqualifizierten Entscheidungsträger des alten Systems mit ihren nationalen und internationalen Netzwerken und die meisten neuen potentiellen Unternehmer mit marktwirtschaftlichen Erfahrungen sowie ein Großteil der Finanzexperten, Wissenschaftler und Außenhandelsexperten etc. konzentriert. Deshalb zog die Hauptstadtregion anfangs den Großteil der Joint Ventures (Aschauer 1995), der ausländischen Banken und spezialisierten Dienstleistungen an sich, wodurch sich der Primate-City-Effekt verstärkt hat (Berényi 1995; Cséfalvay 1995b; Kiss 1995; Faßmann und Lichtenberger 1995; Probáld 1995). Die westlichen Regionen Ungarns haben wegen des Kaufkraft- und Lohngefälles zum westlichen Ausland sowie des Vorhandenseins qualifizierter Arbeitskräfte (z.B. Székesfehérvár, Győr) enorme wirtschaftliche Impulse aus dem benachbarten Ausland erhalten. Andererseits wurde Nordostungarn, das schon in der Endphase des Sozialismus aufgrund seiner nicht wettbewerbsfähigen Staatsunternehmen eine Krisenregion war, vom Niedergang der sozialistischen Planwirtschaft besonders hart getroffen (vgl. Cséfalvay 1995: 86; Dövényi: 1995). Die historisch bekannten West-Ost-Disparitäten Ungarns haben sich also in der Anfangsphase des Transformationsprozesses wieder verschärft. Die weitere Entwicklung der regionalen Disparitäten wird nicht zuletzt davon abhängen, welches der von Z. Cséfalvay (1995: 95-96) geschilderten Szenarien eintreten wird.

Literatur

- Aschauer, Wolfgang (1995), Bedeutung und regionale Verteilung von Joint Ventures in Ungarn. In: Peter Meusburger/Ándras Klinger (Hg.): Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Untersuchung am Beispiel Ungarns. Heidelberg, 62-79.
- Bleek, Wilhelm/Mertens Lothar (1994), DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat. Opladen.
- Berényi, István (1995), Einige Probleme des wirtschaftlichen Strukturwandels in Ungarn. In: Peter Meusburger/Ándras Klinger (Hg.): Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Untersuchung am Beispiel Ungarns. Heidelberg, 99-113.

- Cséfalvai, Zoltán (1995), Raum und Gesellschaft Ungarns in der Übergangsphase zur Marktwirtschaft. In: Peter Meusbürger/Ándras Klinger (Hg.): Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Untersuchung am Beispiel Ungarns. Heidelberg, 80-98.
- Dövényi, Zoltán (1995), Die strukturellen und territorialen Besonderheiten der Arbeitslosigkeit in Ungarn. In: Peter Meusbürger/Ándras Klinger (Hg.): Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Untersuchung am Beispiel Ungarns. Heidelberg, 114-129.
- Faßmann, Heinz und Lichtenberger Elisabeth (Hg.) (1995), Märkte in Bewegung. Metropolen und Regionen in Ostmitteleuropa. Wien.
- Kiss, Éva (1995), Die organisatorische Erneuerung der ungarischen Industrie am Beispiel der Budapester Region. In: Peter Meusbürger/Ándras Klinger (Hg.): Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Untersuchung am Beispiel Ungarns. Heidelberg, 209-228.
- Lengyel, György (1995), Kader und Manager. Unterschiedliche Muster der Rekrutierung von Führungskräften in der Planwirtschaft. In: Peter Meusbürger/Ándras Klinger (Hg.): Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Untersuchung am Beispiel Ungarns. Heidelberg, 249-269.
- Meusbürger, Peter (1980), Beiträge zur Geographie des Bildungs- und Qualifikationswesens. Regionale und soziale Unterschiede des Ausbildungsniveaus der österreichischen Bevölkerung. Innsbrucker Geographische Studien 7, Innsbruck.
- Meusbürger, Peter (1993), The relationship between city size of the place of work and the qualification structure of jobs in cities of western and eastern Europe. In: Trends and prospects of world urbanization. Proceedings of the Nihon University International Symposium "Trends and Prospects of World Urbanization 1992". Tokyo, 147 - 177.
- Meusbürger, Peter (1995a), Wissenschaftliche Fragestellungen und theoretische Grundlagen der Geographie des Bildungs- und Qualifikationswesens. In: Beiträge zur regionalen Bildungsforschung. Münchener Geographische Hefte 72, 53-95.
- Meusbürger, Peter (1995b), Zur Veränderung der Frauenerwerbstätigkeit in Ungarn beim Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. In: Peter Meusbürger/Ándras Klinger (Hg.): Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Untersuchung am Beispiel Ungarns. Heidelberg, 130-181.
- Probáld, Ferenc (1995), Regionale Strukturen des Arbeitsplatzangebotes in der Agglomeration von Budapest. In: Peter Meusbürger/Ándras Klinger (Hg.): Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Untersuchung am Beispiel Ungarns. Heidelberg, 182-208.

Prof. Dr. Peter Meusbürger, Universität Heidelberg, Geographisches Institut, Im Neuenheimer Feld 348, D-69120 Heidelberg